

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

22. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 80 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühr

Berlin, den 3. April 1926

Erscheint vierteljährig Samstag
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 7

Es kommt auf uns an!

Wir Christen feiern Ostern in dem tiefsten Glauben, daß auch wir einst auferstehen werden von all den irdischen Sorgen und Tribulationen zu einem neuen Leben. Christus besiegte den Tod und überwand die Welt. Damit zeigte er uns den Weg, den wir einschlagen müssen.

Die Welt muß in Christus erneuert werden. Die Wirtschaft dieser Welt muß christlich sein. Das ist eine Aufgabe, die wir uns als christliche Gewerkschaftler gesetzt haben. In einer Zeit, in der von christlichen Grundfragen zwar sehr viel gesprochen wird, in der sie aber kaum und meist nur sehr schüchtern zur Geltung kommen, ist es vielleicht sehr heilsam, auch die Arbeiterchaft daran zu erinnern, was sie an ihrem Teile zu tun hat.

Keinem kann es mehr zweifelhaft sein, was der Übergang der Arbeitgeber von heute wieder anstrebt. Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel. Den Arbeitgebern paßt die geistige Regsamkeit, die wirtschaftliche Existenzsicherung der Arbeiter ganz und gar nicht. Mit Recht vermutet man dahinter eine Beschneidung der wirtschaftlichen Selbstherrlichkeit und der Profitrate. Man sagt sich: Mühen sich die da unten immer mehr, werden sie immer stärker, dann ist es mit unserer Alleinmacht für immer aus, dann können wir nicht mehr allein der Herr im Hause sein. Deswegen: Laßt sie nicht hochkommen! Zerlegt und schwächt ihre Organisationen! Befestigt die Tarifverträge, die Lohnabkommen, befestigt das Reichsarbeitsministerium mit all den behördlichen Fesseln auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages, franguliert die sozialen Versicherungen, stemmt euch gegen die Arbeitslosenversicherung! Die Arbeiterchaft darf aus ihrer elenden Lage nicht heraus, sie darf keine Kraft gewinnen, zu lernen, zu überhauen, zu reformieren, die Welt anders und besser zu gestalten! Wir müssen vorbauen, solange wir können.

Aus dieser Stimmung heraus sind alle Vorgänge zu erklären, über die unsere Gewerkschaftszeitungen in den letzten Monaten berichten mußten. Die soziale Reaktion ist am Werke. Wir brauchen da gar nicht so weit zu schweifen. Die Ereignisse in unserem engeren Gewerbe geben uns ein genügendes Anschauungsmaterial. Ob wir an Revolver denken, ob wir W. Gladbach meinen oder nach Schlesien gehen, überall sehen wir das gleiche Bild. Die Arbeiterchaft soll deutlich die völlige Abhängigkeit vom Arbeitgeber empfinden. Kein anderes Ziel verfolgt man.

Dabei handelt es sich noch vielfach um Unternehmer, die sich etwas auf ihre soziale und christliche Einstellung einbilden. Es gibt auch Arbeitgeber, die eine „demokratische“ Gesinnung vortäuschen (wenn vielleicht ein Geschäft damit zu machen ist), ihren Arbeitnehmer aber alles andere als demokratisch gegenüberstellen, ja sogar zur Fäuchung von gelben Werksvereinigungen übergehen. Solche Arbeitgeber gibt es beispielsweise im schlesischen Biele, der Rame ist zu greisen, nennen brauchen wir ihn nicht mehr.

Welches Lamento vernahmen wir nicht gelegentlich des Tarifkampfes der Buchdruckerzeitschriften. Die Buchdruckerprinzipale erklärten uns, der Tarif sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr tragbar. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe würde durch die tariflichen Bestimmungen geradezu gefährdet. Und als dann schließlich die Verbindlichkeit des Reichsarbeitsvertrages von der Reichsarbeitsverwaltung aus gesprochen war, schrieb die „Zeitschrift“ (Nr. 19, 1926), das Organ der Buchdruckerunternehmer, u. a.:

„Die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums fordert gerade in diesem Fall, in dem es sich um einen verschwindend kleinen Bruchteil der deutschen Arbeiterchaft handelt, in dem also anscheinend nicht so sehr das wirtschaftliche Bedürfnis und die Sicherung des Wirtschaftsfriedens als vielmehr Fragen der Grundsätzlichkeit maßgebend gewesen sind, zu einer kritischen Betrachtung heraus. Es scheint zu uns, als ob sich das Reichsarbeitsministerium in respektlosiger Befangenheit mit Hartnäckigkeit dagegen wehrt, daß auch das kleinste und unscheinbarste Steichen aus seinem Tarifgebäude gebrochen werde. Wenn es eine Gelegenheit geeignet gewesen ist, die

Zwangstarife zu lockern, so ist es der gegenwärtige Fall gewesen.“

Da haben wir des Rätsels Lösung! Lockern der Zwangstarife! Das ist ein erstrebenswertes Ziel der Arbeitgeber. Für die Erreichung dieses Zieles legen sie alles ein. Die Syndikats, die sonst vom Gewerbe herzlich wenig verstehen, wenden ihre ganzen juristischen Kniffe auf, um einen „Erfolg“ herauszuholen. Wir wissen, daß die Unternehmer durch die Bank alle Tarife schon in Vorkriegszeiten als wirtschaftlich untragbar erklärten, im Frieden, wo es der deutschen Wirtschaft wahrlich sehr gut ging. Aber untragbar werden die Tarife für die Unternehmer wahrscheinlich auch noch nach hundert Jahren sein. Damit werden wir uns schon abfinden müssen.

Das schon erwähnte Organ der Buchdruckerunternehmer geht aber noch viel weiter. In Nr. 24, 1926, bringt es Ausführungen über die Verhandlungen der Arbeitsminister in der Frage der Arbeitszeit. Da kann man lesen:

„Keine Schematisierung oder Normalisierung oder gesetzliche Bindung der Arbeitszeit. Man überlasse die Festsetzung der Arbeitsdauer dem Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Belegschaft. Ob und inwieweit Mehrarbeit durch Sonderzuschläge zu bezahlen ist, bleibt ebenfalls der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsvertretung überlassen.“

Man kann nur wünschen, daß diese Ausführungen von allen Arbeitern des graphischen Gewerbes gelesen werden. Auf daß alle wissen, was die Stunde geschlagen hat. Wenn unsere Arbeitgeber könnten, wie sie wollten, sofort würden sie der Arbeiterchaft alle Bedingungen diktieren. Willst du nicht willig ... Ganz klar geht das aus der Äußerung der „Zeitschrift“ hervor.

Bei einer solchen Einstellung der Unternehmer werden wir sozial und politisch nie zur Ruhe kommen. Es ist traurig, das aussprechen zu müssen. Aber es hat gar keinen Zweck, sich etwas vortäuschen zu wollen, was nicht da ist und unter diesen Umständen auch nicht eintreten kann.

Und dennoch, so sagen wir aus voller Ueberzeugung, kommt es jetzt auf uns an. Auf uns, die wir unter den Verhältnissen leiden. Gewiß, die Gewerkschaftspresse muß die Vorgänge kritisch beleuchten, muß abwehren. Aber damit ist noch nicht alles getan. Die Verhältnisse ändern kann nur die Arbeiterchaft selbst. Ihre Organisationen sind die Wegbereiter einer neuen und besseren sozialen Gestaltung der Verhältnisse. Was wäre heute die Arbeiterchaft ohne die Gewerkschaften?

Zimmer und immer wieder sollten wir uns diese Frage vorlegen. Das Vererbe, die Gewerkschaften hätten versagt, ist die beste Agitation für die unsocialen Bestrebungen der Arbeitgeber. Diese wissen ganz genau, daß mit der Dymmacht der Gewerkschaften für sie die Stunde der Befreiung von allen Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterchaft geschlagen hat. Soll es also besser werden, sollen die Ergebnisse einer zähen und ausdauernden Arbeit unserer alten Kämpfer nicht auf einen Schlag vernichtet werden, dann heißt es, Solidarität auf der ganzen Linie zu üben. Die Arbeiterchaft muß sich jetzt auf ihre eigene Pflicht zurückbesinnen. Von selbst wird ihr nichts in den Schoß fallen. Alles wird sie erkämpfen müssen. Erklämpfen mit vereinten Kräften.

Zu diesem Kampfe rufen wir auf. Endlich sollte es auch in der Arbeiterchaft Grundfaß werden, daß unorganisierte als Schädlinge und Feinde der Arbeiterinteressen und der Standesehre gelten. Ohne Opfer keine Erfolge. Diese Ueberzeugung muß auch dem letzten Kollegen und der letzten Kollegin beigebracht werden. Nur so und nicht anders können wir das erhalten, was wir von unseren Vätern ererbten, und ausbauen, was wir selbst errungen haben. Es kommt auf uns an!

Nichts gelernt — alles vergessen

Einen Sturm der Entrüstung hat die Tagung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes weit über die Kreise der Arbeitnehmer hinaus hervorgerufen. Diese Tagung gemahnt so recht an den Spruch: Nichts gelernt — alles vergessen. Ringsum ist eine neue Welt im Entstehen, neue Formen der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens. Die soziale Frage tritt immer gebieterischer hervor. Soziale Umgestaltungen großen Stils werden vollzogen oder vorbereitet. Selbst der Kapitalismus der fortgeschrittenen Länder bejnt sich auf seine Schwäche und kommt zu der Einsicht, daß seine Zukunft nur noch durch rechtzeitige Änderungen gerettet werden kann. Sogar der amerikanische Kapitalismus sucht nach neuen Formen, und das neue Schlagwort: „Der Dienst am Volke“ gestattet neben dem Dienst an den Profitinteressen hohe Löhne, niedrige Preise und verkürzte Arbeitszeit. Die Rolle des Staates wird vom amerikanischen Kapitalismus bereits anders als früher aufgefaßt. Eingriffe des Staates in das Kreditwesen, in das Transportwesen, in die Rohstoffgewinnung, bei Förderung der Großgenossenschaften, all das wird dort als notwendige Entwicklung hingenommen. In England soll unter schärfer Kontrolle des Staates die Elektrizitätswirtschaft ausgebaut, der Kohlenbergbau wieder hergestellt, die Lebensmittelleitung geregelt werden. Der Kapitalismus rechnet mit dem neuen sozialen Bewußtsein und mit der Tatsache, daß sich die Massen in große Organisationen zusammengeschlossen haben, um ihre Rechte geltend zu machen. Die deutschen Unternehmer haben nichts gelernt. Sie holen das verstaubte Rüstzeug aus der Kumpfkammer hervor und möchten damit im Zeitalter der Elektrizität und des Flugzeuges Eindruck machen. Die neue Macht der Großindustrie erscheint mit den Waffen des alten Feudalismus auf dem Plan. Alles vergessen! Vergessen die Versprechungen während des Krieges, vergessen die Stunden, wo ihre Macht zusammengebrochen war, vergessen die Zeit, wo sie keinen bringenderen Wunsch hatten, als von den Organisationen der Arbeitnehmer in eine Arbeitsgemeinschaft aufgenommen zu werden.

Die Forderungen der Unternehmer auf ihrer großen Tagung in Essen sind der Ausdruck einer reaktionären Gesinnung, die sich gleichfalls auf alle Gebiete des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens erstreckt und die in ihrem Ausmaß alles seit dem Kriege in dieser Hinsicht Gebotene übertrifft. Reaktion in der Auffassung vom Staate, dem wieder die Rolle eines Knechts gegenüber dem Unternehmertum zugewiesen wird. Neben der üblichen Förderung des Abbaues der Steuern, soll nun der Abbau der verschiedenen Aufgaben der Verwaltung, des Schlichtungswesens, der Demobilisationsverordnung erfolgen! Der Staat soll sich also in die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht länger einmischen, er soll die letzten Reste seiner Befugnisse bei willkürlichen Betriebsstilllegungen ausgeben. Reaktion gegenüber der Wirtschaft selber. „Der zuweitgehende Abbau bestehender Anlagen muß verhindert werden“, d. h. es sollen lebensunfähige Betriebe weiter aufrecht erhalten bleiben. Das Mittel dazu sind die Kartelle, die von den Unternehmern als „unentbehrlich“ für den Wiederaufbau der Wirtschaft bezeichnet werden, und das Kartellgesetz, das die ärgsten Mißbräuche der Kartelle verhindern soll, wird als „überflüssig“ abgelehnt. Der nötige Preisabbau soll allein durch Lohnabbau vor sich geben, eine Forderung, die nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich zerstörend wirken würde. Sehr bezeichnend ist die Stellungnahme der beabsichtigten Wirtschaftsenquete gegenüber. In der Durchführung dieser Enquete erblickt die Tagung eine schwere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Interessen. „Die Ursachen für die Wirtschaftskrise sind allgemein bekannt, und es bedarf keiner weiteren Untersuchung. Die Schlussfolgerungen aus einer solchen Enquete werden — so erklärte der Präsident der Handelskammer Dortmund — voraussichtlich nicht im Interesse der Wirtschaft liegen und ein öffentliches Verhandeln der Untersuchungsresultate und deren Verwendung zur Lösung internationaler Wirtschaftspragen erscheint gefährlich. Die Wirtschaft lehnt deshalb die Enquete ab.“

abgehandelt und die Leute immer mehr auf die Straße gesetzt. Gedanken darüber, wie dies Gebahren enden soll, scheint man sich nicht zu machen. Man hat andere "wichtigere" Dinge zu erledigen, als sich Sorge zu machen, wovon die Masse leben soll.

Und wenn dann die Leute auf der Straße liegen und Erwerbslosenunterstützung beanspruchen, dann wird erst nachgesehen, ob in ihrer Familie jemand ist, der noch verdient; dieser soll die Pflicht übernehmen, den von der Wirtschaft hinausgeworfenen zu unterstützen. So laugt man das ganze Volk aus, damit auch nirgendwo mehr ein kleines Mehl über dem äußersten Minimum vorhanden ist.

Es wurden in der letzten Zeit von „großen“ Männern der Wirtschaft recht viele Reden gehalten, die alle ausklangen in den Sätzen: „Nur eine freie Wirtschaft kann wieder hochkommen. Alle Feiern müssen fallen, die Regierung und Volkswirtschaft sind vollkommen gegenüber der Begehrlichkeit der Massen. Das muß anders werden. Wir sind die Wirtschaft. Wenn man uns nicht freie Hand gewährt, kommt die Wirtschaft nicht hoch.“

Dass eine Wirtschaft, und wäre sie noch so automatisch eingestellt, ohne Arbeiter nicht auskommen kann, und daß die Arbeiter und Angestellten die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes darstellen, fällt bei ihnen nicht ins Gewicht. Wenn heute die Arbeiterschaft nicht stark bleibt und sich beugt, dann verliert die große Masse wieder in den Zustand wie vor 40 Jahren, dann wird der Arbeiter nach einem Worte Steigerungswort wieder der Pate der Gesellschaft.

Und nun fragen wir: Muß das sein? Muß das Volk ausgepumpt werden bis auf den letzten Blutstropfen? Wir sagen nein!

Man sagt, es sind keine Aufträge da. Ja, ist denn in Deutschland kein Bedarf da? Sind keine Häuser zu bauen? Hat jeder Deutsche eine nur einigermaßen anständige Wohnung? Wir sind Fälle bekannt, wo Arbeiter, die dem Vaterland sieben Jahre lang treu gedient haben (nicht auf dem Büro und nicht in der Kasse), heute trotz aller Bemühungen keine Wohnung haben. Der Dank des Vaterlandes ist auch gewiß! Ja, es ist kein Geld da. Millionen an Erwerbslosenunterstützung ausgeben, ohne von anderen Dingen zu sprechen, dafür ist Geld da. 700 Millionen für Industrie, die waren da. Nein, der ernstliche Wille fehlt, der Masse zu helfen. Wenn alle diejenigen, die über diese Dinge etwas zu sagen haben, sich mit solchen Wohnungen begnügen müßten wie diese Kriegsteilnehmer, dann wäre Geld zum Bauen ganz gewiß da. Nun wird mancher Kollege von uns sagen: „Was haben wir vom Bauen?“ Gewiß, direkt nicht, indirekt aber doch. Das Baugewerbe ist Schlüsselindustrie. Fast alle Handwerker hängen damit zusammen. Und verdienen die Arbeiter, haben die Geschäfte auch zu tun. Dann beliebt sich auch der Büchermarkt.

Dann hapert es auch gewaltig bei manchen Unternehmern an einer richtigen Einstellung. Rationalisierung heißt die Parole. Aber es wird unten rationalisiert, nicht oben. Ob es in jedem Betriebe notwendig ist, Direktoren, Prokuristen, Abteilungsleiter usw. zu halten, ist eine Frage für sich. Machen Arbeiter solche Andeutungen, dann heißt es: „Davon versteht ihr nichts“, oder „das geht euch nichts an“.

Dann dürfte man sich auch einmal überlegen, ob durch andere Methoden oder Arbeitsweisen nicht ein besseres Ergebnis zu erzielen wäre. Ford in Amerika, der Vielgenannte, hat seine Erfolge nicht der Lohnkürzung zu verdanken, sondern weil er es verstanden hat und noch versteht, die Arbeiter an der Arbeit zu interessieren. Bei uns in Deutschland denkt man an nichts anderes als an Lohnkürzung und den Abbau der Rechte der Arbeiter. Man interessiere die Arbeiter am Ertrage, schaffe den Arbeitern die Möglichkeit, Geld zu verdienen, dann wird etwas geleistet und die Arbeit wird auch billig.

Ein wunder Punkt ist der Zwischenhandel. An sehr vielen Produkten unseres Gewerbes hat der Zwischenhändler einen weit höheren Gewinn als der Fabrikant und Arbeiter zusammen. Das braucht doch auch nicht zu sein, dagegen kann und muß man sich wehren.

Zusammenfassend wollen wir sagen: Herrscht oben bei den Prominenten der gute Wille und das Mitgefühl mit allen Volksgenossen, und sehen die Unternehmer nicht nur ihr Teil im Herunterdrücken der ohnedies traurigen Lage der Arbeiter, dann kann und wird die schlimme Krise recht bald zu Ende sein. Und uns Arbeiter heißt es nach wie vor: Kopf hoch und nicht verzweifeln!

Köln.

Joseph Hillen.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Die Entwicklung der Sparkassen. Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Deutschland im Jahre 1925 kann ersichtlich genannt werden. „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 4, 1926) macht darüber einige interessante Angaben. Während man für Ende 1924 den Gesamtbetrag der Spareinlagen auf 600 Millionen schätzte, erreichten die Einlagen Ende 1925 die Höhe von 1611,9 Millionen. Somit sind den Sparkassen

mehr als eine Milliarde Spargeelder im letzten Jahre zugeflossen. In der Vorkriegszeit erreichten die Sparkassen des deutschen Volkes den Betrag von 19,7 Milliarden. Von dieser Summe waren heute bereits 9 v. H. erreicht. Bemerkenswert ist zudem die Feststellung, daß der Sparreifer im letzten Jahre größer war als in Vorkriegszeiten. Der Einlagenüberschuss betrug nämlich bei unseren Sparkassen im Jahre 1910 etwa 602, im Jahre 1913 gar nur 393 Millionen. Aus dieser auffälligen Erweiterung der Spartätigkeit wird man nun allerdings nicht gleich den Schluß ziehen können, daß die Fähigkeit der Bevölkerung, aus ihrem Einkommen Ersparnisse abzugeben, in gleichem Maße gewachsen ist. Man muß berücksichtigen, daß die Bevölkerung heute nicht wie in der Vorkriegszeit bargeld, d. h. Stückgeld und insbesondere Goldgeld als Ersparnis aufbewahrt. Die Ersparnisse werden heute meist sofort zur Bank oder zur Sparkasse gebracht. Hierzu kommt der Zwang für die Bevölkerung, sich das Sparguthaben bestmöglich wieder zu beschaffen, das die Geldentwertung vernichtet hat. Der Zufluß der Spargeelder war in den einzelnen Monaten sehr verschieden. Die Höhe der monatlichen Einlagenüberschüsse ist ein Spiegelbild der Entwicklung unserer Geldverhältnisse im Jahre 1925.

Reinigungsprozess der Wirtschaft. Wir befinden uns in einer Wirtschaftskrise, deren Folge die erhöhten Konsumrisiken sind. Daraus die Anzeichen oder gar die Ursache eines kommenden Zusammenbruchs zu sehen, wäre durchaus verfehlt. Im Gegenteil sind sie nichts anderes als der natürliche Selbstreinigungsprozess der Wirtschaft, die sich ihrer kranken Glieder entledigt. Wenn wir zur Gewöhnung kommen wollen, ist dieser Prozess eine unerlässliche Notwendigkeit. Im Jahre 1909 hatten wir in Deutschland 3222 Aktiengesellschaften und 16 508 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Ende 1924 betrug dagegen die Zahl der Aktiengesellschaften trotz der Verkleinerung des Reichsgebietes 17 074 und die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung 79 257. In Berlin fanden den 31.600 eingetragenen Handelsfirmen des Jahres 1913 über 60 000 im Jahre 1924 gegenüber. In der Vorkriegszeit wurde der durch Neugründungen hervorgerufene übernormale Bedarf an Produktionsstätten und -mitteln durch die Konkurrenz reguliert, die also gleichsam die Rolle eines Ausgleichsbarometers innehat. Diese natürliche Regulierung stockte nach dem Kriege und besonders in den Inflationsjahren fast völlig. Die Zahl der Kontrakte erreichte im Jahre 1923 ihren tiefsten Stand mit 263 gegenüber 9775 des Jahres 1913. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn die Wirtschaftskrise, die eigentlich bereits nach der Stabilisierung der Mark hätte einjagen müssen, aber durch Geldvermehrung und Kreditverweigerungen immer wieder künstlich hinausgeschoben wurde, schon früher eingetreten wäre. Sie wäre dann überwinden und weniger heftig gewesen. Heute, wo sie nicht länger hintangehalten werden konnte, haben die Kreisläufe auf deren Verfehlung, nur das augenblickliche Eigeninteresse beachtende Einstellung die gegenwärtige Wirtschaftsdrehscheibe zu einem guten Teil zurückzuführen ist, den wenigsten Grund, Klageklieber anzuhören. Diejenigen, die darunter am meisten zu leiden haben, sind immer wieder die Lohn- und Gehaltsempfänger, die mit ihrer Arbeit auch ihr Brot verlieren. Eine wirkliche Verminderung der Produktions- und Verteilungsstätten hat erst im Jahre 1925 eingeleitet. Wohl lösten sich schon im Jahre 1924 546 Aktiengesellschaften, 558 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und rund 27 000 sonstige Firmen auf, aber die Zahl der neugegründeten Firmen war noch so groß, daß eine tatsächliche Vermehrung um etwa 900 Firmen zu verzeichnen war. Erst 1925 stieg der wirtschaftliche Gesundungsprozess tatsächlich 14 728 Firmen ab. Betrachtet man die Zahl der Kontrakte des Jahres 1925, die mit 11 184 gewiß die Zahlen des Jahres 1913 erheblich übersteigen und zu denen noch die nicht geringe Zahl der unter Geschäftsaufsicht stehenden Firmen hinzuzurechnen ist, so liegt nach dem Vorhergesagten dennoch kein Grund zu einem übertriebenen Pessimismus vor.

Auf dem Wege zur Bodenreform. Dem energischen Verlangen aus dem Volke heraus nachgehend, scheint sich die Reichsregierung nunmehr endlich dazu bequemen zu wollen, den seit 1920 vorliegenden Reichsbodenreformgesetzentwurf im Reichstage zur Beratung zu stellen. Die Boden- und Siedlungsreform im Reich und in den Ländern hat sich seit 1920, seitdem der Ständige Beirat seinen Entwurf eines Bodenreformgesetzes der Reichsregierung eingereicht hat, recht bedeutsam entwickelt. Es sei erinnert an die Novelle vom 29. Juni 1922 zur Reichspachtverordnung, die für das gesamte ländliche Pachtwesen und für die Dauerlinge von größter Wichtigkeit ist, ferner an die Verschlechterung der Pachtverordnung durch die Novellierung der Reichsregierung vom 12. Februar 1924, von der die kleinen Pächter schwer geschädigt sind. Durch einen im Juni 1924 im Reichstage eingebrachten Initiativantrag, der ein volles Jahr hingeschleppt wurde, ehe er im Plenum zur Verhandlung kam, ist wenigstens der Pachtschutz bis zum Jahre 1927 verlängert und sind auch die nach dem 1. März 1924 abgeschlossenen Pachtverträge geschützt. Gegner des Bodenreformgesetzentwurfes behaupten, unter Hinweis auf die nach 1918 entstandenen Siedlungsgesetze, insbesondere das Reichsiedlungsgesetz vom 11. August

1919, die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919, die Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 15. Januar 1919, die am 9. Juni 1920 erlassen, durch die Novelle vom 22. Juni 1922 erweiterte Reichspachtverordnung und das Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1923, daß man mit dem Reichsbodenreformgesetz offene Türen einrenne. Richtig ist, daß die genannten Gesetze noch längst nicht in der Reichspraxis durchgeföhrt sind, daß es gut wäre, wenn die in den verschiedenen Gesetzen vorhandenen Bestimmungen zu einer fortschrittlichen Ordnung des Boden-, Siedlungs- und Wohnungswesens zusammengefaßt würden und damit die ganze umfangreiche Gesetzgebung durchsichtiger würde. Aber damit wären die wichtigsten Forderungen, die der Ständige Beirat in seinem Gesetzentwurf aufgestellt hat, nicht erfüllt. Der Zweckgedanke dieses Gesetzentwurfes ist in seinem § 1 ausgedrückt: „Die Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern zu verpflichten, Boden vorratswirtschaftlich zu treiben, um das notwendige Land für Heimstätten, Kleingärten und sonstige Siedlungszwecke, sowie für öffentliche Anlagen zu beschaffen.“ Es versteht sich von selbst, daß die Bodenreformwirtschaft der Gemeinde ihre Grenzen hat in dem öffentlichen Bedürfnis — auch wenn dies nicht im § 1 des Gesetzes gesagt wäre. Der Gesetzentwurf des Ständigen Beirats ist somit die notwendige Ergänzung des Reichsheimstättengesetzes von 1920. Seine wichtigste Aufgabe ist, das für die praktische Durchführung des Reichsheimstättengesetzes erforderliche Land für Siedlungszwecke (Reichsheimstätten) freizumachen. In der Zielrichtung des Bodenreformgesetzentwurfes, um das im Reichstage bisher gerungen werden wird, liegt der Kampf gegen die Mietskassenerneuerung. Die Grundstückspekulanten machen mit allen Kräften mobil gegen das kommende Bodenreformgesetz. Wächten die Massen und deren Führer in den Parlamenten begreifen, was es für das Volk zu bedeuten hätte, wenn die Boden-, Siedlungs- und Wohnungsreform in diesem, vom Grund deutscher Bodenreformer geführten Kampfe unterläge. Der Bodenreformgesetzentwurf muß unter allen Umständen, und zwar nach dem Grundgedanken des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen, Gesetz werden. Darin liegt ein Schicksal für unser Volk.

Deutschland — die wirtschaftliche Gefahr Europas. So schließt der bekannte englische Nationalökonom Professor Keynes seine Betrachtung über das Dawes-Jahr. Keynes sieht in der gegenwärtigen großen Wirtschaftskrise Deutschlands die Folge der Deflation, die durch die Kreditbeschränkung hervorgerufen worden ist. Er teilt den optimistischen Ton des ersten Jahresberichtes des Reparationsagenten nicht. Die Zahlung der Reparationen habe eigentlich noch nicht einmal begonnen. Sie könne nur durch Ausfuhrüberschüsse erfolgen, die wieder niedrige Preise zur Bedingung haben. Die Unternehmer können jedoch die Zinsen für die Kredite nur tragen, wenn die Preise ansteigen. Bei sinkenden Preisen können sie die Anleihen nicht verinsen. Andererseits ist für Keynes die Reparationsfrage — ein Lohnproblem für den deutschen Arbeiter. Wenn Reparationen gezahlt werden sollen, kann der deutsche Arbeiter nicht die Vorkriegs-Reallöhne erhalten. Die ganze Tätigkeit des Reparationskomitees wird sich also darauf konzentrieren müssen, den Lebensstandard der deutschen Arbeiter herabzudrücken. Die gefährliche Arbeitslosigkeit, die wir jetzt erleben, ist nach Keynes die erste Episode der zweiten Phase, nämlich des Versuches, Preise und Löhne künstlich herabzudrücken. „Ich kann mir aber vorstellen“, schreibt Keynes, „daß sich das deutsche Volk dies nicht für alle Ewigkeit gefallen läßt. Sollte dieser Zeitpunkt eintreten, welche Mittel haben die Alliierten, um das deutsche Volk zeitig zu machen.“ Keynes gibt den Reparationsgläubigern deshalb den guten Rat, sich noch für einige Zeit mit „mäßigen Erfolgen“ zu begnügen.

Konkurs der armen Leute. Unter diesem Titel erscheint in der Fachzeitung „Schuh und Leder“ eine Kritik an der Konsumgenossenschaftsbewegung. Veranlassung dazu gab der Konkurs in einer kleineren Genossenschaft in der Rhön. Die Reichsstatistik für das Jahr 1925 weist nicht weniger als rund 11 500 Konkurse in Deutschland nach. In dieser Zahl ist Deutschland als „wirtschaftliche Lage“ deutscher gekennzeichnet, als es in irgend einem gleichlautenden Thema vielleicht behandelt worden ist. Unter diesen 11 500 Konkursen sind auch — 119 Genossenschaften der verschiedensten Art, das ist rund 1,05 Prozent aller Konkurse. Bei einer Auszählung dieser 119 Genossenschaften dürften etwa ein Drittel auf die Konsumgenossenschaften entfallen. Bei diesen Genossenschaften handelt es sich fast nur um kleine und kleine Gebilde der Nachkriegszeit. Ist es bei den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre verwunderlich, wenn auch eine kleine Anzahl Genossenschaften unterliegen mußten? In der vorgenannten Zeitschrift „Schuh und Leder“, die sich namentlich in dem Kampfe gegen die Konsumgenossenschaften bei ihren Lesern beliebt macht, finden wir folgenden sachmännlichen Urteil: „Wenn also ein Konsumverein in Konkurs gerät, dann hat er entweder mit dem Gelde seiner Mitglieder in unverantwortlicher Weise gewüßelt, indem er eine unnütze große Zahl von Angestellten in größtmöglicher Weise hoch bezahlte, oder indem er unfähig war zu disponieren und Waren einzukaufen, deren

Abfall nicht möglich war." Das muß man zu e i m a lesen. Der Satz enthält viel Weisheit und der „Fachmann“, der ihn niederzuschrieb, wird ganz gewiß auch die Frage beantworten können: Sind denn die Inhaber der über 11 000 Firmen, die in Konturs gerieten, auch den gleichen Weg gegangen, . . . weil sie eine unnötig große Zahl von Angestellten in großzügigster Weise hoch bezahlten oder indem sie unfähig waren . . . ? Wenn der Begriff von Anstand und Ehrlichkeit in der Konkurrenz mit der genossenschaftlichen Idee der Warenverteilung noch nicht ganz abhanden gekommen ist, wird doch von einer solchen Art der Vertretung mittelständischer Interessen sich abwenden müssen. Was würden vielleicht Tausende lüchtige und selbständige Kaufleute sagen, die den Schwierigkeiten von Opfer stufen, in Konturs gerieten, wenn diese Schlussfolgerung aus „Schuh und Leder“ auf sie angewandt würde? Aber diese Fachzeitung hat geschäftliche „Grundzüge“ zu vertreten, nämlich darauf zu sorgen, daß der Anzeigenteil nicht leidet. Wenn auch die Firmen, die in „Schuh und Leder“ ihre Waren anbieten, recht gerne mit den Konjunkturgenossenschaften ihre Geschäfte machen, so muß doch der Schein gewahrt werden und deshalb wird feste auf die Konjunkturvereine getrommelt. Solche Angriffe, wie sie in diesem Falle wieder einmal nach alter Praxis „Schuh und Leder“ gegen die Konjunkturgenossenschaften schleudert, können, wie es sich hier zeigt, nur als Schmerzmittel bewertet werden.

Gewerkschafts-Rundschau

Hauptversammlung der Concordia. Die diesjährige Verbandstagung des Deutschen Rad- und Motorfahrer-Verbandes „Concordia“ e. V. am 18. April in Bamberg ist vor die Lösung wichtiger Aufgaben in organisatorischer und sportlicher Hinsicht gestellt. Die Erfahrungen der letzten Jahre werden dabei Maßstab und Richtschnur für die zu fassenden Beschlüsse sein. Neue Mittel und Wege müssen gefunden werden, um der christlich-paternalistischen Sportbewegung in der Zukunft zu weiterem Aufstieg zu verhelfen. Aus den zahlreichen Anträgen der Mitglieder geht hervor, daß in ihren Kreisen die richtige Auffassung vom Verbandswesen und den Zukunftsaufgaben der Concordia herrscht. Alle Kreise seien auf die zeitgemäße und nützliche Radsporthilfe aufmerksam gemacht. Die „Concordia“ bietet ihren Mitgliedern durch ihre Unfall- und Haftpflichtversicherung, dann durch Gewährung von Rechtsauskunft, Rechtschutz, kostenlose Sterbefälle usw. große wirtschaftliche Vorteile. Die Beiträge sind mäßig gehalten. Wegen näherer Auskunft, Anmeldeung, Vereinsanschluß usw. wende man sich an die Hauptgeschäftsstelle der Concordia in Bamberg, Hauptwachstraße 14.

Wo bleibt die Arbeitslosenversicherung? Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände überreichten dem Reichsarbeitsminister eine Eingabe, in der es u. a. heißt: Die Spitzenverbände der Gewerkschaften halten die sofortige Beratung, Verabschiedung und Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung für dringend geboten. Da mit einer raschen Erledigung aber nicht gerechnet werden kann, zumal die Begründung zum Gesetzesentwurf noch nicht vorliegt, muß eine Zwischenlösung gefunden werden. Das ist um so mehr notwendig, als die jegliche Regelung der Höchstätze ausbedeutend als vorübergehend bezeichnet, die Kurzarbeiterunterstützung befristet, und das ganze Unterstützungssystem so kompliziert wurde, daß eine bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gültige Regelung mit gleichzeitiger Vereinfachung des gesamten Verfahrens durchgeführt werden muß. Obwohl wir überzeugt sind, daß die Einwände gegen die jetzigen Höchstätze auf der Basis einer Einigung von Einzelfällen beruhen, sind wir doch gern bereit, zu unserem Teil an der Beseitigung etwa vorhandener Mißstände mitzuwirken. Eine wirksame Abhilfe und zugleich eine gerechte Bemeßung der Unterstützungssätze erblicken wir einzig und allein in der Abschaffung der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen und der Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen. Gleichzeitig müßten die Bestimmungen über Kriegsfolge und Bedürftigkeit aus der Verordnung über Erwerbslosensfürsorge, weil mit der Beitragspflicht unvereinbar, ausgemerzt werden. Da eine erneute Regelung der Unterstützungssätze ohnehin zum 1. Mai erfolgen muß, und dieser Termin infolge der stärkeren Beschäftigung in der Landwirtschaft für eine Aenderung des Berechnungssystems besonders günstig ist, hätte die Einführung der Staffelterstützung am 1. Mai zu erfolgen. — Hoffentlich trägt das Reichsarbeitsministerium den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung.

Berichte aus unseren Zahlstellen

Wrieg. Am 15. März fand eine Mitgliederberatung statt, in der der Vorsitzende der Zahlstelle Breslau, Kollege S o f m a n n, über die wirtschaftliche Lage und die Vorgänge im Gewerbe sprach. Der

Vortrag löste lebhaften Beifall aus. Zu der Aussprache nahmen auch die Vorkommnisse in Wrieg einen breiten Raum ein. Dabei sind doch gerade hier ganz ungläubliche Dinge abgepielt. Die Allgemeinverbindlichkeit des Buchhalterrechts ist es den hiesigen Unternehmern angetan, eine ungläubliche Zermürbungstaktik gegen die Arbeiterschaft auszuüben. Durch wiederholtes Kündigung und Entlassen sucht man der Arbeiterschaft das Geständnis abzurufen, für den von der Firma aufgestellten Tarif einzustehen und den Reichsstarif zu verwerfen. Ja, die Firmen haben Werksgemeinschaften zwangsweise ins Leben gerufen, die die Interessen der Arbeiterschaft den Firmen gegenüber wahren sollen, in Wirklichkeit aber nur, um dem Wohlergehen ihrer Chefs gerecht zu werden. Man bedauerte, daß die Einschüchterungspolitik mit Erfolg gekrönt war, so daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen fanden, die dem gelben Werkverein beitraten, der ohne Beiträge, aber von der Gnade der Unternehmer, leben kann. Trotz Werksgemeinschaft lebt auch hier das Gespinnst der Arbeitslosigkeit weiter. Möge doch bald hier allgemein die Erkenntnis wachsen, daß die Arbeiterschaft sich selbst helfen muß im gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

Görlitz. Am 21. März fand im Rath. Vereins-haus eine Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Als Gäste hatten sich neben einigen Mitgliedern des Gutenberg-Bundes auch der 1. Vorsitzende des Kartells der christlichen Gewerkschaften in Görlitz, Kollege S e n n e l a m p, eingefunden. Kollege B o g t begrüßte die Erschienenen und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß sich nicht mehr Mitglieder des Graphischen Zentralverbandes eingefunden hatten. Kollege G r e h l (Wrieg) sprach über die gegenwärtige Lage unseres Gewerbes. Mit einem Appell zum festen Zusammenhalten der Mitglieder und zur Weiterarbeit schloß Kollege G r e h l seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Kollege S e n n e l a m p wies dann noch auf die besonderen Bergünstigungen hin, die das Kartell seinen Mitgliedern bietet. Kollege B o g t wurde als Delegierter zum Bezirkstag nach Breslau gewählt. Auch der Vorstand wurde durch Hinzunahme einer Schriftführerin und zweier Kassenschriftföher auf seine ordnungsmäßige Stärke gebracht.

Nevelaer. Am 16. März hatten wir unsere Generalversammlung. Nachdem unser Vorsitzender, Kollege C o g, die Anwesenden begrüßt hatte, schilberte er in kurzen Zügen die Ereignisse des verfloßenen Jahres. Er konnte feststellen, daß in unserer Zahlstelle erfreulicherweise der gewerkschaftliche Geist bei den Kollegen immer ein guter war. Von den Kolleginnen werde die Notwendigkeit der Organisation leider noch nicht recht erkannt. Unser Kassierer, Kollege B a l d e a u, erstattete den Kassenericht. Bei der Vorstandswahl wurden die alten Kollegen, mit Ausnahme eines Beisitzers, wiedergewählt. Kollege S c h m i g sprach über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Daß hier so viele Kolleginnen noch dem Verbanne fernstünden, sei unhaltbar. Es gehe doch nicht an, daß die Kolleginnen keine Opfer bringen wollen, aber wohl immer die Vorteile einheimfen.

Regensburg. Am 12. März fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Der 1. Vorsitzende, Kollege H u b e r, gab einen kurzen Rückblick über das verfloßene Jahr. Die Mitgliederzahl beträgt 202. Im Berichtsjahre war eine Zunahme von 25 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Kassenverhältnisse sind gesund, dank der hingebenden Arbeit des Kassierers Kollegen D o l l h o f e r. Durch Einführung eines Hausstarifs konnte unseren Mitgliedern eine kleine Verbesserung gesichert werden. Der Vorstandswahlgang brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege H u b e r, 2. Vorsitzender und zugleich Vorsitzender der Tarifkommission R. W e b e r, 1. Kassierer D o l l h o f e r, 2. Kassierer S t a d l a u e r; 1. Schriftführer M a n g, 2. Schriftführer F r e i. F a l t e r m e i e r; Vergütungskommissar G i t t e r f r i e d; Kassenkontrolleure W e i ß e r und W r e n b e d; Kartellbelegierte K i e d e r m e i e r, E d l und M a n g; Beisitzer K i e d e r m e i e r, A p o l d, S c h e r m, A m a n, S c h e r z i n g e r, F r e i, S i e g e r t, F r e i, H o p f n e r und F r e i. L a u t e n - s c h l a g e r. Die Vertrauensleute behielten ihre Posten wie im Vorjahre. Die Generalversammlung zeigte ein erfreuliches Bild von Einigkeit und erstem Willen zu treuer Arbeit. Möge jeder bereit sein zu emsiger Gewerkschaftsarbeit. Dann werden wir bei der nächsten Generalversammlung mit Stolz sagen können: Wir haben das gesteckte Ziel erreicht!

Soran N.-E. Am 20. März fand im Lokal „Zum Schwan“ unsere gutbesuchte Monatsversammlung zusammen mit dem Gutenberg-Bund statt. Der Vorsitzende, Kollege H a g e m e y e r, begrüßte die Anwesenden, besonders den Kollegen G r e h l (Wrieg). Nachdem die übrigen Punkte erledigt waren, hielt Kollege G r e h l einen Vortrag über die gegenwärtige Lage unseres Gewerbes und die Stellungnahme der Verbände. Nachdem Kollege G r e h l im Schlußwort noch auf die kommende Konferenz in Breslau aufmerksam gemacht hatte, blieben alle noch einige Stunden gemächlich zusammen. Eine Neuaufnahme konnte verzeichnet werden.

Literatur — Eingänge

Sonneitige Menschen. Roman aus dem heutigen Tirol von Hans Schrott-Niechl. Verlag Herber & Co. Freiburg im Breisgau. Preis 4,80 Mark.

Aus diesem Buche lesen wir Kraft, Gesundheit und Zuversicht. Durch Familienverhältnisse gezwungen, wird ein junger Tiroler Bauer Fabrikarbeiter. Er hat einen klugen Kopf und erkennt den Verlust, den der bodenständige Mensch hat, wenn er in die Industrie kommt; er durchläuft die Strömungen politischer und sozialer Art unter seinen Schicksalsgenossen. Ein Leben voll Entbehrungen und schmerzlicher Arbeit, voll Sparsamkeit und Selbstzwang, dazu der Blickfall eines auf verkauften Patentes setzen, wieweil es ein Arbeiter bringen kann. Aus dem Fabrikier wird wieder der Bauer, und zwar ein glücklicher, der die eigene Scholle unter den Föhren als heilige Sache empfindet. Besonders solchen, denen die Arbeiterfragen Menschheitsfragen sind und die sich mit den Erhebungsangelegenheiten beschäftigen, sei das Buch empfohlen.

Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.

Geschäftsstelle: Bismarckstr. 9, Fernspr. Westf. 52 585
Telefonnummer: Köln 15 171

Abrechnungen vom 4. Vierteljahr fanden ein bis zum 27. März Dillmen, Arnsberg, Ffrohloh. Nach 2 Zahlstellen fehlen.

Gelder fanden ein: Essen, Glad. Wachen, Regensburg, Münster, Stuttgart, Bonn II, Düsseldorf, J. Lohm, Arnsberg, Seelbach, Würzburg, Wiesdorf, Essen, Faberborn, M.-Gladbach, Barmen, Neurud, Bonn I.

Statistikarten müssen sofort eingelebt werden!

In der Woche vom 22.—27. März sind den Zahlstellen zugesandt worden Abrechnungsschemata, Statistikarten, Zahlkarten, Vordrucke für die Anschriften der Verbände, Rundschreiben über Werbung unter den Jugendbildern. Sollten die Sendungen irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir um Nachricht.

Zeilenpreis 10 Pfennig
Voranzahlung erforderlich
Anzeigen
Abteilungen anzeigen
Aben 5 Pfennig die Zeile

An die Ortsgruppenvorstände Schlesiens!

Samstag, 11. April, vormittags 10 Uhr,
findet in Breslau, „Hühners Brauerei“, Breite Straße, eine

Delegiertenkonferenz

(Amtlicher schlesischer Ortsgruppen tag.)

Tagesordnung:

1. Begrüßung.
2. Referat des Kollegen J a l e h k über: „Wirtschaftspolitik, Tagesfragen und Tendenzen im Arbeitsgebiet“.
3. Wahl des Bezirksvorstandes.
4. Festlegung des Bezirksbeitrages.
5. Bericht der Delegierten über die Verhältnisse in der Ortsgruppe.
6. Beschluß der nächsten Bezirkskonferenz.
7. Verschiedenes.

Um eine möglichst rasche Erledigung der Tagesordnung herbeizuföhren, ersuche ich, den Delegierten dahin zu bevollmächtigen, die in der Tagesordnung enthaltenen Beschlüsse und Wahlen durchzuführen.

J. W. Hofmann.



In leuchtendem Leinwandband 30 M.
In Halbfranzband mit Kopfgoldschnitt 40 M.
In jeder Buchhandlung zur Ansicht

Gewerkschafts-nadeln

Preis einzeln 60 Pf. einschl. Porto und Verpackung
Christl. Gewerkschaftsverlag,
Dtn.-Wilmersdorf, Kaiserstraße 28.

Nach kurzer Krankheit verstarb am 25. März 1926 unser lieber Kollege, der Lithograph

Josef Bitt.

Wir werden stets seiner gedenken.
Schleife W.-Gladbach.